

Sachdokumentation:

Signatur: DS 971

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/971



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

**Pressekonferenz Junge gegen No Billag
16. Januar 2018, 09:30 Uhr, Medienzentrum Bundeshaus**



Beiliegend finden Sie:

- Medienmitteilung
- Wording „Junge gegen No Billag“
- Alle Redebeiträge

NEIN ZU NO BILLAG

Jugendkomitee sagt Nein zur NoBillag-Initiative

An der heutigen Presskonferenz haben Vertreterinnen und Vertreter der jungen CVP, der Jungen Grünen, der jungen BDP, der jungen EVP, der jungen GLP, von Jeunesse.Suisse und der JUSO ihre Argumente gegen die radikale NoBillag-Initiative vorgestellt. Mit einer aktiven Kampagne will das Bündnis die Jugend für ein Nein gewinnen.

Es ist 5 vor 12 für die Rettung der Medienvielfalt! Mit diesem Slogan steigt das Bündnis in den Abstimmungskampf zur NoBillag-Initiative. Linke, liberale und bürgerliche Jugendorganisationen warnen vor der Zerstörung der Demokratie, vor dem Ausverkauf der Schweizer Medienlandschaft und vor einem drohenden Einheitsbrei.

Tino Schneider, Präsident der Jungen CVP, sagte an der Pressekonferenz: „Die radikale No-Billag-Initiative ist ein Angriff auf die Schweizer Medienvielfalt, den Service public und unsere direkte Demokratie.“

Claudia Schürch, Präsidentin der Jungen EVP, appellierte an die Solidarität: „Die Demokratie funktioniert nur mit Solidarität, auch bei den Fernseh- und Radiogebühren.“

Die Co-Präsidentin von Jeunesse.Suisse, Nadine Walker, warnt vor den wirtschaftlichen Folgen der NoBillag-Initiative: „Es ist deshalb damit zu rechnen, dass es bei der SRG, aber auch bei den lokalen und regionalen Privatsendern zu einem massiven Stellenabbau käme. Wir sprechen hier von etwa 6900 Arbeitsstellen.“

Der Präsident der Jungen Grünen, Luzian Franzini, ergänzt: „Für die Kultur und insbesondere die Jugendkultur bedeutet die NoBillag-Initiative einen Kahlschlag. Diesen Fakt bestätigen auch tausende von jungen Kulturschaffenden, welche sich gegen die NoBillag-Initiative engagieren.“

Pascal Vuichard, Präsident der jungen GLP, sagt: „Zusammengefasst beschneidet die Initiative unsere Rechte auf unabhängige, hochqualitative Informationen in allen Landessprachen. Gestärkt würden Facebook & Co, welche im Sekundentakt Falschinformationen verbreiten: Das ist brandgefährlich für unsere Demokratie. Darum sagen wir einstimmig Nein zu NoBillag.“

Tamara Funicello, JUSO-Präsidentin, warnte vor dem Ausverkauf der Medienlandschaft: „Mit der NoBillag-Initiative lassen wir den Ausverkauf unserer Schweizer Medienlandschaft zu. Das ist doch völlig wahnsinnig! Welche Gesellschaft verkauft seine besten Institutionen an den Meistbietenden?“

Nicolas Huissoud von der jungen BDP meinte abschliessend: „Die Junge BDP versteht die Ablehnung der NoBillag-Initiative aber keineswegs als Freipass für die SRG – wir sehen Diskussionsbedarf über die künftige Rolle der SRG.“

NEIN ZU NO BILLAG

Junge gegen No Billag: Es ist 5 vor 12 für die Rettung der Medienvielfalt

Nein zur Zerstörung der Demokratie

Eine pluralistische Medienlandschaft ist von immenser Bedeutung für die Demokratie. Ohne funktionierende 4. Gewalt funktioniert die Demokratie nicht. Die SRG und die betroffenen Regionalmedien leisten einen nicht ersetzbaren Beitrag für unsere Demokratie und für den Zusammenhalt der Sprachregionen. Die NoBillag-InitiantInnen wollen die Gewaltenteilung, wie wir sie heute kennen, am liebsten zerstören.

Nein zum Ausverkauf der Schweizer Medienlandschaft

Ohne einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk werden sich Superreiche in der Schweizer Medienlandschaft durchsetzen. Ideologisch motivierte Berichterstattung und #FakeNews gibt es schon genug und würden die Überhand gewinnen. Wir sagen Nein zum Ausverkauf der Schweizer Medienlandschaft.

Nein zum Einheitsbrei

Die SRG leistet einen enormen Beitrag für eine regionalspezifische Berichterstattung in allen Regionen der Schweiz. Wenn dies wegfällt, dann wird den Menschen von Uri bis nach Genf der gleiche Einheitsbrei vorgesetzt. Zudem werden durch die Billag-Gebühren auch viele regionale Radio- und Fernsehstationen finanziert, welche in ihrer Region eine ausgewogene Berichterstattung sicherstellen. Die Schweiz lebt von der Vielfalt und von den regionalen Unterschieden. Darum sagen wir Nein zum Einheitsbrei!

Redetexte Pressekonferenz

1. Junge CVP: Thema Medienvielfalt

Sehr geehrte Damen und Herren

Die radikale NoBillag-Initiative ist ein Angriff auf die Schweizer Medienvielfalt, den Service public und unsere direkte Demokratie. Gerade für die rätoromanische, die französische und die italienische Schweiz hätte die Initiative dramatische Folgen. Wird sie angenommen, verlieren nicht nur die verschiedenen TV-Stationen, sondern vor allem das Publikum, die Kultur, der Sport; oder besser gesagt die ganze Schweiz.

Die Initiative möchte den Auftrag aus der Verfassung streichen, dass Radio und Fernsehen zur Bildung und kulturellen Entfaltung, zur freien Meinungsbildung und zur Unterhaltung beitragen. Dieser Artikel berücksichtigt gerade auch die Besonderheiten der Schweiz und die Bedürfnisse der Kantone. Faktisch bedeutet dies, dass kein Verfassungsauftrag mehr zur freien Meinungsbildung oder kulturellen Entfaltung bestehen würde. Für die Willensnation Schweiz mit unseren vier Landessprachen, dem Föderalismus und der direkten Demokratie wäre dies fatal.

Zudem profitieren von den Radio- und Fernsehgebühren nicht nur die SRG, sondern auch 34 lokale Radio- und Fernsehstationen gerade im ländlichen Raum. Diese Berichterstattung ist für die Information der Bevölkerung genauso wertvoll und für viele von ihnen würde NoBillag das Aus bedeuten. Es wird notwendig sein, die Diskussion über den Umfang des Service Public, den Erhalt der Medienvielfalt und die angemessene Gebührenhöhe für Radio und Fernsehen zu führen. Die NoBillag-Initiative hingegen gibt die falschen Antworten darauf.

Die direkte Demokratie als Staatsform und ihr reibungsloses Funktionieren ist auf unabhängige und umfassende Informationen angewiesen. Als „vierte Staatsgewalt“ nehmen die Medien dabei eine zentrale Rolle ein. Über sie bilden wir unsere Meinung, damit die Bürgerinnen und Bürger an den politischen Prozessen objektiv informiert teilnehmen können. Dazu braucht es nicht nur oberflächliche News und Kurznachrichten, sondern vertiefte Informationen. In einer funktionierenden Demokratie ist es daher zentral, dass neben den Behörden auch unabhängige Medien informieren und eine umfassende Meinungsbildung ermöglichen.

Je umfassender die Bürgerinnen und Bürger informiert sind, desto stabiler ist auch unser einzigartiges Schweizerische System der direkten Demokratie. Dazu braucht es nicht nur individuelle Rechte, sondern auch kollektive Verantwortung. Deswegen sage ich und die Junge CVP Schweiz klar Nein zur schädlichen NoBillag-Initiative am 4. März.

Tino Schneider, Präsident Junge CVP Schweiz

NEIN ZU NO BILLAG

2. Junge EVP: Thema Solidarität

Wir lehnen die NoBillag-Initiative ab, weil die Annahme der Initiative nicht nur das Ende der SRG sondern auch von lokalen Fernseh- und Radiostationen, der fundierten und neutralen Berichterstattung in allen Landessprachen, einer Plattform für Schweizer Filmschaffende und Schauspieler und Fernsehen für Gehörlose bedeuten würde.

Die Schweiz gründet auf Solidarität. Bei den Steuern, Krankenkassenprämien und eben auch der Billag bezahlen wir nicht ausschliesslich für Leistungen, welche wir selber beziehen, umgekehrt beziehen wir aber auch nicht nur Leistungen, welche wir selber bezahlen. Es geht folglich nicht darum, ob das gebotene Programm dem einzelnen durch das Band gefällt oder ob er den Preis für das ihm gebotene Angebot als gerechtfertigt erachtet, sondern ob der finanzielle Beitrag jedes einzelnen ein angemessenes Angebot auch für Minderheiten ermöglicht. Dafür ist das heutige System der Fernseh- und Radiogebühren unerlässlich und zielführend. Die Demokratie funktioniert nur mit Solidarität, auch bei den Fernseh- und Radiogebühren.

Claudia Schürch, Präsidentin Junge EVP Schweiz

3. Jeunesse.Suisse: Thema Arbeitsplätze

NoBillag-Initiative zerstört Arbeitsplätze!

Durch die Billag-Gebühren werden die SRG sowie diverse lokale und regionale Privatsender mitfinanziert. Dieser wichtige Beitrag für die Gesellschaft, die Kultur und den Informationsaustausch darf nicht unterschätzt werden. Werden diese Gebühren gestrichen, bedeutet dies auch das Ende der SRG. Der Wegfall von Kultur und Informationsaustausch ist enorm. Die Leidtragenden sind damit vor allem die Arbeitnehmenden. Die Themen, die sie direkt betreffen, kommen bei einem Wegfall des audiovisuellen Service public weniger zur Sprache oder werden nur einseitig beleuchtet.

Mit Annahme der NoBillag-Initiative würde die SRG ihrer wichtigsten Einnahmequelle beraubt werden. Diese Ausfälle können nicht durch andere Finanzierungsquellen, wie etwa Werbung aufgefangen werden. Es ist deshalb damit zu rechnen, dass es bei der SRG, aber auch bei den lokalen und regionalen Privatsendern zu einem massiven Stellenabbau käme. Wir sprechen hier von etwa 6900 Arbeitsstellen, welche bereits 2019 durch die geplante Umsetzung abgebaut würden. Dabei sieht der Initiativtext keine alternativen Massnahmen für die vom Stellenabbau betroffenen Arbeitnehmenden vor.

Bei einer Abschaffung der Gebühren und der damit verbundenen Privatisierung der Schweizer Medienlandschaft übernehmen Grossinvestoren und Grossinvestorinnen die Macht. In der Vergangenheit haben uns ähnliche Übernahmen immer wieder gezeigt, dass es ihnen nicht um die allgemeine Wohlfahrt geht, sondern um Macht und Rendite. Um Gewinne einfahren zu können, werden zwangsweise Profitoptimierungen zu Lasten der Arbeitnehmenden durchgeführt. Arbeitsbedingungen verschlechtern sich massiv und Arbeitsplätze fallen dem Profit zum Opfer.

Nadine Walker, Co-Präsidentin Jeunesse.Suisse

4. Junge Grüne: Thema Kultur

Unsere halbdirekte Demokratie lebt von Information. In einem System, in welchem die Stimmbevölkerung direkt über Verfassungsartikel und Referenden bestimmen kann, ist hochwertige Information besonders wichtig. Leider leidet die ganze Branche unter dem Druck auf dem Werbemarkt und unter der Verlagerung des Journalismus ins Internet. Dies öffnet Milliarden mit eigenen politischen Agenden Tür und Tor für das aufkaufen von Zeitungen und Medienunternehmen. Meine Generation will vielfältige und unabhängige Medien und hat kein Bock auf blocherisierte und einseitige Berichterstattung. Bei Annahme der Initiative würden wir Junge auch finanziell zu den Verlierern gehören. Menschen in Ausbildung haben weder Geld für ein Zeitungsabonnement noch können sie sich teures Pay-TV leisten, um beispielsweise sportliche Ereignisse live mitzuverfolgen. Mit einem Ja zu NoBillag würde die Schweizer Medienlandschaft zu einem Alptraum aus Fake-News und politischer Meinungsmache verwandelt. Die einseitigen Artikel und Sendungen vermischten sich zu grauen Einheitsbrei. Für die Kultur und insbesondere die Jugendkultur bedeutet die NoBillag-Initiative Kahlschlag. Denn eines ist glasklar: Rein werbefinanzierte Sender haben einen massiv kleineren Anteil an Schweizer Musik als die SRG und andere gebührenfinanzierte Privatradios. Eine vielfältige Schweizer Jugendkultur braucht Sender der SRG. Unzählige kleine Jugendsender sind auf die Billag-Gebühren angewiesen. Diesen Fakt bestätigen auch die tausenden von jungen Kulturschaffenden, welche sich gegen die NoBillag-Initiative engagieren. Man darf die heutige Schweizer Medienlandschaft und das SRF auch kritisieren: Meine Generation konsumiert Medien und Informationen vorwiegend im Internet. Nach dem 04. März braucht es deshalb eine Debatte, wie das SRF seine Inhalte noch besser auf die neuen Konsumbedürfnisse abstimmen kann. Das ist aber nur möglich, wenn es weiterhin existiert und genügend finanzielle Mittel zur Verfügung hat. Um in Zeiten von hohen Mieten und Lebenskosten Geringverdienende zu entlasten, müssen auch Ideen wie eine einkommensabhängige Billag-Abgabe in Betracht gezogen werden. Die Abstimmung vom 4. März wird eine Richtungsentscheidung: Lassen wir weiterhin zu, dass rechtsbürgerliche Kreise Grundpfeiler unserer Demokratie aushöhlen oder setzen wir ein klares Zeichen für Service public, Medienfreiheit und unsere Medienvielfalt? Die heutige hier versammelte breite Allianz von Links bis Rechts stimmt mich zuversichtlich: Meine Generation wird der NoBillag Initiative am 04. März einen Korb verpassen! Denn sie weiss: Nur weil im SRF-Haus eine Türe klemmt, reisst man nicht gleich das ganze Gebäude ab.

Luzian Franzini, Co-Präsident Junge Grüne Schweiz

NEIN ZU NO BILLAG

5. Junge GLP: Thema echter Liberalismus

Sehr geehrte Anwesende,

Liberale sind gegen die No Billag-Initiative

Einen Liberalismus wie wir ihn vertreten steht für Reformen und konstruktive Lösungsvorschläge. Wir Jungen Grünliberalen wollen die SRG weiterentwickeln – wir verteidigen keinen Status Quo. Eine tote SRG aber, wie dies die Initianten möchten, lässt sich nicht mehr reformieren. Wir verlieren die Möglichkeit die SRG konstruktiv weiterzuentwickeln und zu verbessern. Darum braucht es ein NEIN zu dieser Initiative!

Heute mehr denn je sind Informationen Macht, die Informationen und Meinungen zu kontrollieren oder auch nur zu beeinflussen ist ebenfalls Macht. Die NoBillag-Initiative will denn auch das einzige Medienunternehmen, das per Gesetz dazu verpflichtet, ist alle Meinungen ausgewogen abzubilden, beerdigen. Wie das Resultat von solch libertären Ideen herauskommen kann wissen wir alle – wir müssen nur nach Italien schauen, ein Land, in dem einzelne Organisationen und Personen die Medien, vor allem im TV- und Radio-Bereich zu weiten Teilen beeinflussen und kontrollieren. Wir wollen keine Berlusconisierung der Schweizer Medienlandschaft!

Auch wenn die Initianten immer wieder behaupten es gehe ihnen nicht darum die SRG abzuschaffen oder die Medienvielfalt zu zerstören, übersehen sie einen grossen Denkfehler in ihrer Initiative. Der Initiativtext zielt nämlich klar auf die Abschaffung jeglicher Basis für einen Service Public und stellt sich somit gegen eine vielfältige Medienlandschaft. Die Initiative will sogar die Abschaffung der unabhängigen Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen – wir Konsumentinnen und Konsumenten werden zusätzlich noch entrechtet. Das ist vor allem in der heutigen Zeit gefährlich – Medienkonzerne wie Google und Facebook nehmen extrem viel Einfluss auf die öffentliche Debatte in der Schweiz – das geht soweit, dass sogar ein Sponsored-Beitrag von uns zur Legalisierung von Cannabis von Facebook zensiert wurde.

Zusammengefasst beschneidet diese libertäre Initiative unsere Rechte auf unabhängige, hochqualitative Informationen in allen Landessprachen. Gestärkt würden Facebook & Co, welche im Sekundentakt Falschinformationen verbreiten: Das ist brandgefährlich für unsere Demokratie. Darum sagen wir einstimmig Nein zu NoBillag.

Pascal Vuichard, Co-Präsident junge GLP Schweiz

6. JUSO: Thema Ausverkauf der Schweizer Medienlandschaft

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die NoBillag-Initiative ist ein Angriff auf die Schweiz, wie wir sie heute kennen. Ein Angriff auf unseren Service Public. Ein Angriff auf unsere Demokratie. Die Tendenz in unserer Medienlandschaft ist schon seit langem klar: es gibt eine Monopolisierung der Medienhäuser bei einigen wenigen Superreichen. Zudem kaufen sich gewisse rechte Politiker ein Medienreich zusammen, das es tätscht und chlöpft. Wenn wir die SRG abschaffen, dann wird sich dieser Trend auch im Radio- und Fernsehbereich verstärken: Einige wenige rechtskonservative Superreiche informieren uns – wenn man das dann noch informieren nennen kann – über kommende Abstimmungsvorlagen und Geschäfte im Bundeshaus. Das ist der Tod für unsere direkte Demokratie, die auf ausgewogene Informationen angewiesen ist. Mit der NoBillag-Initiative lassen wir den Ausverkauf unserer Schweizer Medienlandschaft zu. Das ist doch völlig wahnsinnig! Welche Gesellschaft verkauft seine besten Institutionen an den Meistbietenden?

Klar ist, dass die jungen, gut behüteten, weissen Männer, die hinter dieser Initiative stehen, nicht den asozialen Charakter der Billag-Gebühr im Hinterkopf haben, sondern einen libertären Angriff auf unser Land lancieren wollen. Die SRG wird nicht die letzte Service-Public-Institution sein, welche von diesen Kreisen angegriffen wird. Diese Kreise würden am liebsten einen Minimalstaat nach dem Vorbild der Tea-Party-Bewegung in den USA einrichten, einen reinen Nachtwächterstaat ohne sozialen Charakter. Mit Verlaub: Das ist nicht die Schweiz, welche wir im vergangenen Jahrhundert aufgebaut haben.

Um das Ausmass dieses Angriffes abschätzen zu können, müssen wir nur einen kurzen Blick ins Ausland werfen und Länder betrachten, welche diesen Ausverkauf der Medienlandschaft schon hinter sich haben. Wollen wir in der Schweiz Berlusconi-TV? Die JUSO und zum Glück auch noch andere Jungparteien von links bis rechts sagen Nein zu dieser Initiative. Ich sage Nein zur Blocherisierung der Schweizer Medienlandschaft! Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Tamara Funicello, Präsidentin JUSO Schweiz

NEIN ZU NO BILLAG

7. Junge BDP: Thema Service Public-Debatte

Selten wurde so früh, intensiv und kontrovers über eine Volksinitiative debattiert wie über NoBillag“. Die Initiative hat weitreichende Konsequenzen für die Medienpolitik sowie Medienlandschaft der Schweiz und würde letztlich zur Abschaffung der SRG in der heutigen Form sowie vieler privaten lokalen Radio- und Fernsehgesellschaften führen. Die Junge BDP lehnt diese Initiative klar ab. In einer direkten Demokratie sind sachgerechte Informationen und faire Berichtserstattungen wichtige Güter. Die Streichung des Absatz 2 des Artikels 93 in der Bundesverfassung ist ein Angriff auf diesen Grundsatz. Auch die Abschaffung der unabhängigen Beschwerdeinstanz, welche Beschwerden gegen Radio- und Fernsehsendungen beurteilt, ist in der heutigen Zeit von „Fake News“ ein Schritt in die falsche Richtung.

Die Produktion von audiovisuellen Inhalten und Informationssendungen ist teuer. Viele Inhalte lassen sich nicht durch Abonnementgebühren im kleinen Schweizer Markt von Radio und Fernsehprogramm finanzieren, schon gar nicht auf Französisch, Italienisch oder Rätoromanisch. Deshalb benötigt die Schweiz eine solidarische Empfangsgebühr, um allen in der Schweiz lebenden Personen Zugang zu einem vielfältigen und politisch ausgewogenen Angebot zu gewähren.

Die Junge BDP versteht die Ablehnung der NoBillag-Initiative aber keineswegs als Freipass für die SRG – die Partei sieht Diskussionsbedarf über die künftige Rolle der SRG: Angebote sind zu stark auf eine ältere Zielgruppe ausgerichtet und privaten Anbietern wird vor allem im unterhaltungs- und kulturellen Bereich zu wenig Spielraum gelassen. Daher muss nach Ablehnung der Initiative, eine umfassende Diskussion über den „Service public“ der SRG geführt werden.

Nicolas Huissoud, Vorstand Junge BDP Schweiz, Präsident Junge BDP Kanton Bern